



## **Strompreis rauf! Versorgungssicherheit runter!**

*Planwirtschaft*

NAEB 2012 am 7. Juni 2020

Zum vorliegenden Gesetzentwurf über den Ausstieg aus der Kohleverstromung (19/17342, 19/18472) fand am 25. Mai 2020 eine Expertenbefragung durch den zuständigen "Ausschuss für Wirtschaft und Energie" im Deutschen Bundestag statt. Steigende Kosten und schwindende Versorgungssicherheit durch das Gesetz wurden beanstandet, ohne Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

Die günstigen und regelbaren Kohlekraftwerke aufzugeben, muss zu einem weiteren Anstieg der Strompreise führen. Die preiswerte Braunkohle ist der einzige noch lange verfügbare heimische Energieträger. Ohne sie besteht eine fast vollständige Abhängigkeit von Energieimporten. Neben der zunehmenden Instabilität des Netzes durch Ökostrom = Fakepower kann die BRD von den benachbarten Energielieferanten erpresst werden.

Der Kohleausstieg wird immer teurer

Die von der "Kohleausstiegskommission" geschätzten 40 Milliarden Euro für die Entschädigung der Betreiber intakter Kohlekraftwerke, Abfindungen und Frühverrentung der Kumpel und Kraftwerker, Schaffung neuer Arbeitsplätze mit zugehöriger Infrastruktur, sind nach den Darstellungen der Experten bei Weitem unzureichend.

Hinzu kommen noch die Kosten für den Neubau von zahlreichen Gaskraftwerken, die Kohlekraftwerke ersetzen müssen, wenn kein Wind weht und keine Sonne scheint. Der Stromverbrauch muss an die vom Wetter gesteuerten Wind- und Solarstrommengen angepasst werden. Industrienationen benötigen eine aber bedarfsgerechte und wetterunabhängige Stromversorgung.

"Ökostrom" gibt es stets zu viel oder zu wenig! Er ist Fakepower oder Strom zweiter Klasse mit einem Gebrauchswert weit unter den überhöhten Erzeugungskosten. Ohne Subventionen kann keine einzige Ökostromanlage betrieben werden. Doch Fakepower wird von der Regierung als Strom der Zukunft gepriesen. Das ist eine irrihe Darstellung. Der Stromverbraucherschutz NAEB nennt daher diesen Strom wohlbegründet Fakepower (Fake = Fälschung, Täuschung).

Woher soll Strom kommen?

Der Gesetzentwurf enthält keinerlei konkrete Planungen, wie Strom erzeugt werden soll, wenn Kohlekraftwerke abgeschaltet sind. Ersatz soll der Ausbau von Wind- und Solarstromanlagen bringen. Neue Arbeitsplätze, die entstehen sollen, benötigen Strom. Wirtschaftliche Arbeitsplätze brauchen viel Strom, um immer größere und leistungsfähigere Maschinen und Geräte anzutreiben.

Zusätzlich sollen mehr Elektroautos betrieben werden, die etwa die gleiche Strommenge wie ein Vier-Personen Haushalt verbrauchen. Doch es gibt keine norwegische Wasserkraft in der BRD! Weiterleitung von Strom ist stets verlustbehaftet!

Würden alle Personenkraftwagen elektrisch betrieben, wären zum Aufladen 20 Großkraftwerke mit je 1.000 Megawatt (MW) Leistung erforderlich, die aber niemals gleichmäßig ausgelastet werden könnten. Autos wollen auch gefahren werden. Fotovoltaik-Anlagen auf dem Hausdach oder dem Balkon zum Laden der Autobatterie sind melde- und gebührenpflichtig. Der Elektroantrieb wird in jedem Fall teuer. Die lange Ladezeit kommt erschwerend hinzu.

Der Gesetzentwurf ist justiziabel

Die Juristin bei der Expertenbefragung im Deutschen Bundestag wies mehrfach darauf hin, dass eine Reihe von Vorschriften in dem Gesetzentwurf gegen geltende Gesetze und sogar gegen das Grundgesetz verstießen. Er sei justiziabel und verstoße an einigen Stellen gegen EU-Regeln. Zahlreiche Klagen seien absehbar.

Die BRD wird erpressbar

Braunkohle ist der letzte wesentliche heimische Energieträger zur Verstromung. Wasserkraft, die Förderung von Erdgas und Erdöl sind dagegen naturbedingt von geringem Umfang. Dies könnte sich nur durch Fracking ändern. Doch die BRD ist viel zu dicht besiedelt und fast vollständig eine Kulturlandschaft, so dass kein Freiraum für industrielle Mondlandschaften wie in den Wüsten der USA vorhanden ist. Die großen Braunkohlekraftwerke erzeugen preiswerte Grundlast, die das Stromnetz stabil hält und die Taktgeber für das Einspeisen von Fakepower ist. Ein stabiles Netz braucht eine Grundlast von mindestens 45 Prozent. Sämtliche Abbaugelände werden renaturiert und zu Naherholungsgebieten mit großen Gewässern umgestaltet.

Mit dem weiteren Ausbau der Fakepower-Anlagen wird diese Grenze von 45 Prozent immer häufiger unterschritten. Fakepower wird dann exportiert. Die großen Kernkraftwerke in Frankreich und die Kohlekraftwerke in Polen tragen mit ihrer hohen Grundlast außerdem zur Stabilisierung des BRD-Netzes bei, denn die Netze sind miteinander verbunden.

Das Fluten der Nachbarländer mit Fakepower bei Starkwind und Sonnenschein führt jedoch zu größerem Regelbedarf in diesen Ländern. Die Regelkosten übersteigen die Einsparungen durch den Bezug von preiswertem oder gar kostenlosem Überschussstrom aus der BRD. Daher haben die Nachbarländer Stromsperrn an den Übernahmestellen eingebaut, die jederzeit aktiviert werden können.

Die BRD wird ohne Kohleverstromung erpressbar. Für die Erzeugung von Grundlast und den Betrieb der Regelkraftwerke muss dann Erdgas geliefert werden. Hieran hat Russland einen maßgebenden Anteil. Es ist dringend notwendig, vor der Aufgabe von Kohlekraftwerken erst Flüssiggas-Terminals zu bauen, um auf dem Weltmarkt Gas einkaufen zu können. Flüssiggas ist allerdings deutlich teurer als Erdgas, das durch Pipelines geliefert wird. Es wird also wieder teurer.

Mit dem weiteren Ausbau von Fakepower-Anlagen wird die BRD immer erpressbarer. Nachbarländer werden Überschussstrom immer häufiger allein aus Kostengründen ablehnen. Im BRD-Netz müssen dann Industrieanlagen rechtzeitig abgeschaltet werden. Damit wird Fakepower noch teurer, denn nach dem Erneuerbaren-Energien-Gesetz (EEG) erhalten Stromerzeuger dann eine Ausfallentschädigung für Fantasiestrom und die Industrien für die Verluste aus Produktionsstillständen. Solch eine Planwirtschaft ist doppelt wahnsinnig!

Die Energiewende ist außer Kontrolle

Der Gesetzentwurf zum Ausstieg aus der Kohleverstromung und die Anhörung im Bundestagsausschuss zeigen, dass die Energiewende mehr und mehr außer Kontrolle gerät. Die gesetzliche Grundlage wird immer undurchsichtiger. Sie umfasst inzwischen weit mehr als tausend Seiten. Profiteure haben so ihre Pfründen gesichert. Ideologen leben Ihre Überzeugungen aus.

Das Streben nach Zuschüssen und Finanzierungen aus Steuergeldern für Maßnahmen und Forschungen, die die Energiewende voranbringen sollen, führt zu unsinnigen Aktivitäten, wie z.B. mit Hilfe von Wasserstoff aus Fakepower die Versorgung mit Wärme, Treibstoff und Strom erreichen zu wollen.

Es wird Zeit, die Energieversorgung wieder dem Markt zu überlassen. Dann wird der Strompreis mehr als halbiert. Das wäre eine nachhaltige Konjunkturmaßnahme. Welche Politiker und welche Partei stellen sich hinter eine solche Forderung?

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel  
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz  
[www.NAEB.info](http://www.NAEB.info) und [www.NAEB.tv](http://www.NAEB.tv)

[1] Bildquelle: StockKosh-Work-pumpjack-at-work

EEG bedeutet Planwirtschaft! - Steffen Kotré - AfD-Fraktion im Bundestag  
[https://www.youtube.com/watch?v=5LN\\_Njp3VXI](https://www.youtube.com/watch?v=5LN_Njp3VXI)  
15. Mai 2020 | AfD-Fraktion Bundestag  
Das Erneuerbare-Energien-Gesetz bedarf keiner Novelle, es muss weg!

### **Pressekontakt**

Stromverbraucherschutz NAEB e.V.

Herr Hans Kolpak  
Forststr. 15  
14163 Berlin

NAEB.tv  
[Hans.Kolpak@NAEB.info](mailto:Hans.Kolpak@NAEB.info)

### **Firmenkontakt**

NAEB Stromverbraucherschutz e.V.

Herr Heinrich Duepmann  
Forststr. 15  
14163 Berlin

NAEB.de  
[Heinrich.Duepmann@NAEB.info](mailto:Heinrich.Duepmann@NAEB.info)

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG Erneuerbare Energien Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Stromnetz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen in Windkraft und Voltaik statt. Die NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Anlage: Bild

